

**Notiz an Herrn Bundesrat Stich**  
Ergebnisse des Weltwirtschafts-Gipfels in London  
vom 15. - 17. Juli 1991

Am Gipfeltreffen der sieben wichtigsten Industrieländer zusammen mit dem Präsidenten der EG-Kommission wurden wie üblich keine Beschlüsse gefasst, sondern lediglich Absichtserklärungen abgegeben. Im folgenden werden die wichtigsten davon kurz zusammengefasst und einer Würdigung unterzogen.

- Der **Sowjetunion** soll eine spezielle assoziierte Mitgliedschaft beim IWF und bei der Weltbank angeboten werden. Die jeweils zuständigen internationalen Organisationen sollen der Sowjetunion mit Ratschlägen betreffend Preisreform, Investitionsförderung und Privatisierung beistehen. Dazu kommt technische Unterstützung in einzelnen Schlüsselindustrien. Zudem sollen die Kontakte der Fachminister mit Moskau intensiviert werden. Hingegen wurden keine finanziellen Hilfeleistungen versprochen.

Dieses für die Sowjetunion gesamthaft positive Ergebnis wurde begünstigt durch das sowjetische Entgegenkommen bei den Verhandlungen über die Reduktion strategischer Nuklearwaffen (START). Dadurch konnten alle offengebliebenen Probleme in für die USA zufriedenstellender Weise gelöst werden, und der für Ende Juli geplante Besuch Bushs in Moskau kann stattfinden. Richtig scheint, dass Finanzkredite erst dann gewährt werden, wenn die strukturellen Voraussetzungen für deren effizienten Einsatz gegeben sind.

- Die **aktuelle Wirtschaftslage** wird optimistisch beurteilt. Weltweit sei eine Rezession vermieden worden. Bereits zeigten sich Anzeichen einer Erholung. Dieser Trend sei beizubehalten unter Wahrung der Preisstabilität. Die Geld- und Finanzpolitik sei auf niedrigere reale Zinsen auszurichten, wobei die unterschiedliche Ausgangslage in den einzelnen Ländern berücksichtigt werden müsse. Ausdrücklich hervorgehoben wird die Notwendigkeit, die Defizite der Staatshaushalte zu reduzieren.



Diese recht positive Beurteilung (Zweckoptimismus) ist für die britische Regierung von grosser innenpolitischer Bedeutung und zumindest zum Teil als "Geschenk der eingeladenen Gäste an den Gastgeber" zu betrachten. Angesichts des weltweit zunehmenden Kreditbedarfs ist es jedoch fraglich, ob tiefere Realzinsen ohne erneute Inflationsbeschleunigung erreicht werden können. Ueber die hartnäckig hohe Arbeitslosigkeit und deren Bekämpfung wird nichts erwähnt. Es war zu erwarten, dass zur Wirtschaftslage keine umfangreichen Erklärungen abgegeben würden. Zur Bekämpfung des Dollar-Anstiegs fanden bereits letzte Woche konzertierte Interventionen der Notenbanken statt. Die weitgehend nichtssagenden Erklärungen am Gipfel (jedes Land kann im Prinzip tun, was es für richtig hält) ist als Zeichen eines mangelnden Konsenses betreffend internationaler Absprache der makroökonomischen Politiken zu interpretieren.

- Mit **supply-side-Massnahmen** soll das Wachstumspotential erhöht werden. Dazu zählen die Stärkung des Wettbewerbs, Transparenz bei Subventionen, Intensivierung von Erziehung und Ausbildung, ein effizienterer Staatssektor sowie eine Beschleunigung des Technologietransfers.
- Die festgefahrene **Uruguay-Runde der Gatt-Verhandlungen** soll nach den Beteuerungen der Gipfelteilnehmer noch dieses Jahr abgeschlossen werden. Der Prozess der Liberalisierung des Welthandels sei voranzutreiben. Im Agrarbereich müssten Subventionen und protektionistische Massnahmen progressiv abgebaut werden. Beim Handel mit Dienstleistungen seien Verpflichtungen zu verstärkter Liberalisierung einzugehen. Geistiges Eigentum müsse durch klare und durchsetzbare Regeln geschützt werden. Dadurch soll eine Stimulierung des globalen Wachstums ohne Anheizung der Inflation ermöglicht werden.  
Es ist zu hoffen, dass diese Versprechen nicht wie jene vor einem Jahr in Houston im rauhen Wind der Detailberatungen dann vergessen werden.
- Es werden kosten-effiziente wirtschaftliche Instrumente zum **Schutz der Umwelt** wie Steuern, Gebühren und handelbare Emissionsrechte gefordert. Umweltfaktoren sollen Eingang in die wirtschaftlichen Kostenrechnungen der Nationalen Buchhaltung finden.  
Diese Anliegen entsprechen unseren Intentionen. Bezüglich einer weltweiten Harmonisierung von ökologischen Lenkungsabgaben sind in nächster Zukunft jedoch noch kaum Fortschritte zu erwarten, da die Interessen der unterschiedlichen pressure-groups in den einzelnen Ländern zu heterogen sind.

- **Südafrika** sollte eine Politik betreiben, die dem Land den freien Zugang zu ausländischen Krediten sichere, wobei vor allem private Investoren anvisiert werden. Staatliche Hilfe sollte mehr zugunsten der schwarzen Bevölkerung im Gesundheits- und Sozialwesen eingesetzt werden.  
Die Schweiz hat mit der Aufhebung der Kapitalexporth-Beschränkungen bereits entsprechend reagiert.
- Den **osteuropäischen Ländern** wird eine weitere Verbesserung ihres Zugangs zu den Märkten der Industrieländer versprochen. Die unter Aufsicht des IWF vorgenommenen makroökonomischen Stabilisierungsprogramme müssen durch strukturelle Reformen (Privatisierung der Staatsbetriebe, Wettbewerb, Eigentumsrechte) ergänzt werden.
- Die Strategie der **Schuldenreduktion für die ärmsten Entwicklungsländer** soll fortgeschrieben werden. Details sind im Pariser Club auszuarbeiten.  
Die Schweiz kann diese Bemühungen nur unterstützen.
- Der internationale **Waffenhandel** soll durch ein Uno-Register für Waffenexporte kontrolliert werden. Bezüglich der Details konnte hingegen wegen französischer Einwände keine Einigung erzielt werden. Bei der Entwicklungshilfe sollen auch die Rüstungsanstrengungen der betreffenden Länder überprüft werden.

Im Schlusscommuniqué konnte Major zwar auf überraschend vielen Gebieten gemeinsame Erklärungen präsentieren. Der Gipfel wurde nicht - wie z.T. erwartet - vom Besuch Gorbatschow's vollkommen dominiert. Ob die Absichtserklärungen in den heiklen Punkten (wie GATT, koordinierte Geld- und Finanzpolitik, Schuldenerlass, Umweltschutz) zu konkreten Erfolgen führt, muss leider bezweifelt werden. Zudem wird die Umstrukturierung in Osteuropa und in der Sowjetunion sehr viel Zeit und Kapital in Anspruch nehmen.

EIDG. FINANZVERWALTUNG  
Vizedirektor

gez. Kaeser  
D. Kaeser

Sachbearbeiter: U. Plavec